

# **Das Jahr 1866 und die Spaltung der Konservativen Partei in Preußen**

von Stephan Ehmke

In diesem Jahr (2026) jähren sich die Ereignisse des „Deutschen Krieges“ zum 160. Mal. Damals entschied die militärische Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich über die deutsche Zukunft. Die Niederlage Österreichs in der entscheidenden Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli 1866 besiegelte das Schicksal des Deutschen Bundes, welcher bereits im Juni desselben Jahres durch den Austritt Preußens de facto aufgehört hatte zu existieren. In dem den Deutschen Krieg beenden Frieden von Prag vom 23. August 1866 musste Österreich die Auflösung des Deutschen Bundes anerkennen, welcher damit auch de jure sein Dasein beendete.

Die „Deutsche Frage“, die seit dem Aufkommen der Nationalbewegungen in Deutschland und Österreich-Ungarn nach 1815 virulent war, hatte damit ihre Beantwortung gefunden.

Bei der Konstituierung eines neuen, Zweiten Deutschen Reiches, welches als moderner Nationalstaat entstand, spielte Österreich-Ungarn keine Rolle mehr. Mit dem Sieg von Königgrätz hatte Preußen seine Führungsrolle in Deutschland durchgesetzt.

Damit endete endgültig eine seit vielen Jahrhunderten andauernde Tradition, wonach Österreich und insbesondere das Haus Habsburg mit dem Kaiser des Heiligen Deutschen Reiches römischer Nation an der Spitze die Führungsmacht gewesen war.

Die Tragik, die in diesem „Deutschen Krieg“ gelegen hatte, war den damaligen Zeitgenossen in Preußen und Österreich durchaus bewusst. Denn es standen in diesem Konflikt Deutsche gegen Deutsche, Brüder gegen Brüder einander gegenüber, während die anderen europäischen Großmächte Großbritannien, Frankreich und Russland sich die Hände rieben und über die mögliche Beute spekulierten, falls die beiden großen deutschen Staaten sich in diesem Kriege gegenseitig zerfleischen würden.

Doch dieser Fall trat nicht ein, da Preußen in überraschend kurzer Zeit die wenigstens formell zum damaligen Zeitpunkt stärksten europäischen Streitkräfte, nämlich die österreichischen, niederwerfen konnte. Dies hatte unter anderen Faktoren auch darin seine Ursache, dass Österreich seine Armee teilen musste, weil Italien sich feindlich gegenüber der Habsburgermonarchie verhielt. Deshalb musste Wien mit einem Zweifrontenkrieg rechnen. Dass es seit geraumer Zeit eine geheime Vereinbarung zwischen Preußen und Italien gegeben hatte, wonach sich Rom im Falle eines Krieges zwischen den deutschen Mächten ebenfalls gegen Österreich werden sollte, war geheim gehalten worden. Während Preußen nach dem gewonnenen Krieg keine territorialen Ansprüche an Österreich stellte, wurde Italien für seine pro-preußische Haltung in dem Konflikt mit Venetien entschädigt.

Gleichwohl war der preußische Ministerpräsident und zukünftige deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck klug genug, Österreich-Ungarn als Gesamtstaat nicht zu zerschlagen, sondern insbesondere in Hinsicht auf Russland als künftigen Bündnispartner zu präservieren und aus diesem Grunde glimpflich zu behandeln.

Der Sieg gegen Österreich bildete somit die Grundlage für das vier Jahre später gegründete Deutsche Reich, das gleichwohl nur die „kleindeutsche“ Lösung darstellte.

Was nach außen hin sozusagen „glatt“ ging, führte in der preußischen Innenpolitik zu erheblichen Auseinandersetzungen, vor allen Dingen innerhalb der Konservativen Partei, wo sich gegen die bismarcksche Konfrontationspolitik gegen Österreich, aber auch im Zusammenhang mit dem Verfassungskonflikt von 1862 sowie mit dem Krieg gegen Dänemark 1864, eine innerparteiliche Opposition gebildet hatte.

Die Konservative Partei Preußens war in der Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV. im Zusammenhang mit den Ereignissen der Revolution von 1848 entstanden. In ihr fanden sich jene Kräfte zusammen, welche in starker Opposition gegen Liberalisierungs- und Demokratisierungstendenzen in Preußen und im Deutschen Bund standen. Diese Kräfte lehnten eine geschriebene Verfassung ab und plädierten stattdessen für eine Weiterentwicklung des Deutschen Bundes auf der Grundlage eines ständisch-korporativen politischen Systems, das sich an die überlieferten Traditionen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation anlehnte.

Die Konservative Partei in Preußen wurde von einflussreichen Kreisen des preußischen Adels bestimmt. Aus ihr heraus bildete in der Zeit nach der gescheiterten Revolution von 1848 ein enger Zirkel um König Friedrich Wilhelm IV., der die Politik des Königreichs in den Folgejahren maßgeblich steuerte. Etwas despektierlich wurde diese Gruppe auch „Kamarilla“ genannt.

Zu ihm zählten insbesondere folgende Persönlichkeiten: Der Generaladjutant König Friedrich Wilhelms IV., Leopold von Gerlach, sein Bruder, der Jurist Ernst Ludwig von Gerlach, der Kabinettsrat Markus von Niebuhr, der pommersche Gutsbesitzer und Landrat Hans Hugo von Kleist-Retzow, sowie der Minister des Königlichen Hauses Anton von Stolberg. Zum weiteren Umkreis der Kamarilla gehörte aber auch Otto von Bismarck, der durch seine Heirat mit der Gutsbesizertochter Johanna von Puttkamer in Berührung mit den christlich-pietistischen Kreisen in Hinterpommern gekommen war, in welchem sich auch die Protagonisten der Konservativen Partei befanden<sup>1</sup>.

Die beiden Köpfe der Kamarilla aber waren Leopold und Ernst Ludwig von Gerlach<sup>2</sup>. Letzterer hatte seit den 1840-er Jahren den jungen Diplomaten Otto von Bismarck unter seine Fittiche genommen und ihn in die konservative Politik Preußens eingeführt.

Bezeichnenderweise spielte sich der spätere Konflikt, der zur Spaltung der Konservativen Partei im Jahre 1866 führen sollte, hauptsächlich zwischen Ernst Ludwig von Gerlach und seinem ehemaligen Schützling Otto von Bismarck ab.

Wie bereits erwähnt, war das Programm der Konservativen Partei in Preußen vor allen Dingen durch die politischen Vorstellungen der Traditionen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und des die Rudimente dieses Reiches fortführenden Deutschen Bundes geprägt. Dazu gehörten vor allem folgende Positionen:

---

<sup>1</sup> Zum Thema des hinterpommerschen Pietismus siehe [diesen Beitrag](#).

<sup>2</sup> Zur Person Ernst Ludwig von Gerlachs finden Sie [hier](#) weitere Informationen.

1. Die Politik sollte christlichen Grundsätzen verpflichtet sein,
2. Staat und Gesellschaft sollten auf ständisch-korporativen Prinzipien beruhen,
3. Eine geschriebene Verfassung wurde abgelehnt,
4. Demokratisierungsbestrebungen in Staat und Gesellschaft wurden verworfen,
5. Der Souverän des Staates ist der Monarch.

In diesem Sinne sollte der Deutsche Bund reformiert und weiterentwickelt werden.

Im Zuge der Ereignisse der Jahre vor der Revolution von 1848, dem sogenannten „Vormärz“, wurde den preußischen Konservativen klar, dass sie die obengenannten Positionen in dieser Form nicht mehr würden in praktische Politik umsetzen können. Sie mussten Konzessionen machen, wenn sie auf die weitere staatliche Entwicklung Einfluss haben wollten, freilich ohne den Kern ihrer Forderungen aufzugeben.

Dies führte zunächst dazu, dass man sich – nach eingehenden und kontroversen Diskussionen – entschloss, dem neu entstandenen parlamentarischen Getriebe beizutreten. Dies, indem man eine eigene Partei gründete, was noch in den Märztagen 1848 geschah, die „Konservative Partei“.

Darüber hinaus begab man sich in das zu dieser Zeit noch relativ junge Pressegeschäft und gründete mit der „Neuen Preußischen Zeitung“, die wegen des Eisernen Kreuzes in ihrer Kopfzeile später einfach „Kreuzzeitung“ genannt wurde, ein Parteiorgan. Ihr Motto war auch das der Partei: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!“.

Schließlich wurden in allen preußischen Provinzen monarchisch-vaterländische Vereine ins Leben gerufen, welche für die Partei das gesellschaftliche Vorfeld schaffen sollten.

Die treibende Kraft hinter dem Arrangement mit dem Parlamentarismus und dem modernen Pressebetrieb war Ernst Ludwig von Gerlach, der sich in der Folge zum informellen Führer der preußischen Konservativen entwickelte. Gerlach selber publizierte in der Kreuzzeitung fleißig unter dem Pseudonym „Der Rundschauer“. In seinen Beiträgen entwickelte er vor allen Dingen die konservative Programmatik. Gerlach ließ sich dann auch in den preußischen Landtag wählen, dem er viele Jahre angehörte<sup>3</sup>.

Nachdem den preußischen Konservativen klar geworden war, dass sie die Einrichtung einer geschriebenen Verfassung, die parlamentarische, aber auch demokratische Elemente enthielt, nicht verhindern konnten, bemühten sie sich, wesentliche Punkte ihrer eigenen Programmatik in die Verfassungsurkunde einfließen zu lassen, um „das Schlimmste zu verhindern“. Dies waren vor allen Dingen:

Es sollten zwei Kammern eingerichtet werden, ein Unterhaus und ein Oberhaus, nach englischem Vorbild. Das Unterhaus (später Abgeordnetenhaus oder Landtag genannt) sollte durch Wahlen bestellt werden, die allerdings dem Dreiklassenwahlrecht unterlagen. Das Oberhaus (später Herrenhaus) aber sollte aus vom König ernannten Mitgliedern aus allen Schichten des Volkes besetzt werden. Hierdurch versprach man sich die Erhaltung gewisser

---

<sup>3</sup> Genau von 1849-58 und 1870-73.

korporativer und ständischer Elemente in der parlamentarischen Vertretung und gleichzeitig die Ausschaltung des absoluten Gleichheitsprinzips bei den Wahlen.

Darüber hinaus sollte der König weiterhin regieren, in der Form, dass politische Beschlüsse, insbesondere solche der Gesetzgebung, nur im Einvernehmen mit der Krone sowie den beiden Kammern zustande kommen konnten. Ohne die Einwilligung des Königs konnten somit keine Gesetze zustande kommen.

Im Dezember 1848, nach dem Zusammenbruch der Revolution und der Auflösung der aus ihr hervorgegangenen preußischen Nationalversammlung, wurde eine auf den genannten konservativen Grundsätzen beruhende Verfassung durch den König „oktroiert“. Sie wurde im Januar 1850 in einer revidierten Verfassung endgültig in Kraft gesetzt und blieb bis 1918 bestehen.

Nachdem die radikaldemokratischen Bestrebungen des liberalen Bürgertums mit der Revolution von 1848 zunächst gescheitert waren, setzte auch in Preußen, wie im Deutschen Bund, eine Phase der restaurativen Politik ein. Diese dauerte bis zum Ende der Regierung Friedrich Wilhelms IV., der die konservativen Ansichten des Kreises um Ernst Ludwig von Gerlach teilte und unterstützte.

Dies änderte sich im Jahre 1858, als der Bruder des damals bereits erkrankten Königs, Kronprinz Wilhelm, die Regentschaft übernahm (er wurde im Januar 1861 König). Nun begann die sogenannte „Neue Ära“, von der sich insbesondere die Liberalen ein Ende der restaurativen Politik versprachen. Ministerpräsident wurde der von der Konservativen Partei protegierte Otto von Bismarck.

Im selben Jahr errangen die Liberalen erstmals eine Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus. Otto von Bismarck setzte zunächst mit Unterstützung des Königs eine strikt konservative Politik fort, was von der Konservativen Partei, insbesondere Ernst Ludwig von Gerlach, mit Genugtuung zur Kenntnis genommen wurde.

Im Zusammenhang mit der geplanten Heereserweiterung kam es 1862 zu einer Auseinandersetzung mit der liberalen Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Dort war die berühmt bzw. berüchtigt gewordene „Blut und Eisen“-Rede Otto von Bismarck bei dessen Amtsantritt auf heftigen Widerstand gestoßen. Man vermutete – nicht zu Unrecht, wie sich später herausstellte – dass der preußische Ministerpräsident kriegerische Auseinandersetzungen in seine Politik einkalkulierte. Aus diesem Grunde verweigerten die Liberalen die Zustimmung zu dem von der Regierung vorgelegten Haushalt. Daraufhin führte Bismarck die Finanzen ohne Parlamentsbeschluss – entgegen der Verfassung – allein mit der Exekutive durch. Wilhelm I. war zwar von dieser strikten Konfrontationspolitik gegen das Parlament nicht begeistert, folgte jedoch schließlich seinem Ministerpräsidenten.

Dieser Streit wiederholte sich nunmehr in allen folgenden Jahren bis 1866, wobei sich beide Seiten gegenseitig regelmäßig des Verfassungsbruchs bezichtigten.

In dieser Auseinandersetzung wurde der preußische Ministerpräsident ausdrücklich von der Konservativen Partei unterstützt. Erste Probleme ergaben sich allerdings, als Bismarck seine politischen Vorstellungen über die Zukunft Deutschlands umzusetzen begann. Wie bekannt, war

es das Ziel des Ministerpräsidenten, die oben angesprochene „Deutsche Frage“ endgültig zugunsten Preußens zu lösen, dies auch unter Inkaufnahme einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Österreich. Bismarck wollte die deutschen Staaten in einem Nationalstaat moderner Prägung unter der Führung Preußens vereinigen – unter Ausschluss der Habsburgermonarchie.

Um Preußen für diese Aufgabe vor allen Dingen militärisch günstig aufzustellen, musste Bismarck letztlich die Kooperation mit den Liberalen im Parlament anstreben. Als sich die Auseinandersetzungen um die Herzogtümer Schleswig und Holstein anbahnten (1863/64), und auch ein Feldzug gegen Dänemark in Betracht gezogen werden musste, begann Bismarck sich um die Lösung des Verfassungskonfliktes zu bemühen. Sein Ziel war es, für die zurückliegenden Jahre der Regierung ohne verfassungsgemäßen Haushalt vom Parlament „Indemnität“ zu erhalten, das hieß eine nachträgliche Genehmigung der Regierungsmaßnahmen und damit Heilung des Verfassungsbruchs. Bismarck war zu diesem Zweck bereit, den Liberalen in politischen Fragen entgegenzukommen.

Dies stieß bei Teilen der Konservativen Partei auf harsche Kritik. Ein enger Kreis um Ernst Ludwig von Gerlach nahm es dem Ministerpräsidenten übel, dass er sie in der Frage der Indemnität nicht konsultiert hatte. Außerdem lehnten sie jegliche Annäherung an die Liberalen ab. Sie sahen in dem Bemühen Bismarcks um Indemnität ein verheerendes Eingeständnis der Rechtswidrigkeit des Regierungshandelns und fürchteten damit auch eine Beschädigung der Stellung der Krone.

Zu diesem Kreis der Opponenten um Ernst Ludwig von Gerlach gehörten vor allem der bereits erwähnte Hans Hugo von Kleist-Retzow sowie der Jurist und Verwaltungsbeamte Karl Friedrich von Savigny. Hinzu trat der enge Vertraute Gerlachs, der pommersche Gutsbesitzer und Parlamentarier Adolf von Thadden-Trieglaff. Von Seiten der Kreuzzeitung wurde dieser Kreis unterstützt von dessen Chefredakteur Hermann Wagener sowie dem Juristen und Kirchenpolitiker Friedrich Julius Stahl.

Allerdings stellte diese Gruppe innerhalb der Konservativen Partei nur eine Minderheit dar. Dies ist wahrscheinlich auch der Grund, warum es Bismarck auf eine Konfrontation ankommen ließ. Er rechnete damit, dass die Mehrheit der Konservativen ihm bei seiner Politik folgen würde. Damit hatte er allerdings Recht.

Den Kreis um Ernst Ludwig von Gerlach kann man seit dieser Zeit der beginnenden Konflikte mit Bismarck als „Altkonservative“<sup>4</sup> bezeichnen, wohingegen diejenigen die dem Ministerpräsidenten folgten, als „Neukonservative“ gelten können. Sie sammelten sich nach dem Zerschlagen der Konservativen Partei später auch in der „Freikonservativen“ Partei.

Ernst Ludwig von Gerlach wandte sich in einigen sehr deutlichen Artikeln in der Kreuzzeitung gegen die Indemnitätspolitik Bismarcks, was dieser ihm persönlich übel nahm. Allerdings kam es zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu einem Bruch zwischen dem ehemaligen Mentor und seinem gelehrigen Schüler.

---

<sup>4</sup> Über die Ideen- und Gedankenwelt der preußischen Altkonservativen finden Sie [hier](#) umfangreiche Informationen.

Dies änderte sich allerdings bereits im Zusammenhang mit der Zuspitzung der sogenannten „Schleswig-Holsteinischen Frage“. 1848-50 war es zu einer Erhebung der deutschen Schleswig-Holsteiner gekommen, nachdem die nationalliberale Regierung in Kopenhagen eine Verfassung durchgesetzt hatte, welche die Einverleibung des Herzogtums Schleswig in das dänische Königreich vorsah. Bis dahin gab es nur eine Personalunion zwischen dem dänischen König und den Elbherzogtümern. Nach dem Vertrag von Ripen aus dem Jahre 1460 mussten die beiden Landesteile allerdings „Up ewig ungedeelt“ (Für immer ungeteilt) bleiben. Der eindeutige Vertragsbruch seitens Dänemark brachte den Deutschen Bund dazu, zu intervenieren. Die Führung übernahm Preußen und sandte Truppen. Jedoch musste Berlin nach einer Intervention der europäischen Großmächte sein Engagement 1850 wieder einstellen und sein Militär abziehen<sup>5</sup>. Die nun auf sich allein gestellte Schleswig-Holsteinische Armee unterlag den Dänen im Juli 1850 in einer Entscheidungsschlacht. In den nach der Kapitulation anschließenden Verhandlungen wurde – unter Beteiligung der europäischen Mächte – der Zustand vor der umstrittenen Kopenhagener Verfassungsgebung wieder hergestellt („Londoner Protokolle“). Der dänische König blieb als Herzog Souverän über die Elbherzogtümer.

Doch 13 Jahre nach diesen Ereignissen wiederholte sich dasselbe Spiel. Wieder versuchte Kopenhagen, auf dem Verfassungswege die Hand auf Schleswig zu bekommen, unter klarem Bruch der Londoner Protokolle. Auch dieses Mal reagierte der Deutsche Bund, und zwar mit der militärischen Besetzung Holsteins. Preußen und Österreich setzten Dänemark ein Ultimatum und marschierten nach dessen Ablauf in das Herzogtum Schleswig ein. So kam es 1864 wieder zu einem Krieg, diesmal allerdings hielten sich die anderen europäischen Mächte heraus. Nach dem berühmten preußischen Sturm auf die Düppeler Schanzen am 18. April 1864 war die Niederlage Dänemarks besiegelt. Das Königreich verlor die Herzogtümer, die von österreichischen und preußischen Truppen besetzt wurden.

Eine Überraschung bedeutete damals das einträchtige Handeln Österreichs und Preußens, wo sich doch der „Deutsche Dualismus“ und der Kampf um die Vorherrschaft im Deutschen Bund ständig weiter verschärfte. Das Einvernehmen sollte freilich nicht lange anhalten.

Es ging nun darum, was mit den beiden Herzogtümern Schleswig und Holstein (sowie dem Herzogtum Lauenburg, das, auf holsteinischem Territorium gelegen, selbständig war) nun geschehen sollte. Allgemein wurden diese Optionen gehandelt:

1. Die Herzogtümer verbleiben in Personalunion beim dänischen Königreich. Die Londoner Protokolle werden wieder in Kraft gesetzt,
2. Die Herzogtümer werden von Dänemark abgetrennt und von Preußen und Österreich gemeinsam regiert,
3. Die Herzogtümer werden dem nach dem dänischen König zunächst erbberechtigten Fürsten übergeben, das war Prinz Friedrich von Augustenburg<sup>6</sup>.

---

<sup>5</sup> Im Zusammenhang mit der „Punktation von Olmütz“ vom 29. November 1850, in der Berlin auf seine nationalen Einigungsversuche im Sinne der „Kleindeutschen Lösung“ (Erfurter Union) vorläufig verzichten musste, wurde dies in Preußen als tiefe Demütigung empfunden.

<sup>6</sup> Zur herzoglichen Linie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg aus dem Hause Oldenburg gehörig, die der königlich-dänischen am nächsten stand.

Lösung eins wurde weder von Österreich noch von Preußen ernsthaft in Erwägung gezogen.

Lösung zwei konnte bei nüchterner Betrachtung nur eine vorübergehende Möglichkeit sein. Was sollte Österreich an Nord- und Ostsee?

Die dritte Möglichkeit wurde von Wien favorisiert, da es unbedingt eine preußische Annexion der Herzogtümer verhindern wollte.

Bismarck allerdings hatte für sich bereits eine Entscheidung getroffen: Er wollte Schleswig-Holstein als neue Provinz für Preußen erringen, was einen deutlichen Machtzuwachs im Deutschen Bund bedeuten würde. Demensprechend wurde die Politik Berlins ausgerichtet.

Die gemeinsame Verwaltung der Herzogtümer durch Österreich und Preußen wurde erwartungsgemäß zum Desaster. Über die Frage der Inthronisierung des „Augustenburger“ kam es zum Streit. Das Verhältnis zwischen Wien und Berlin verschlechterte sich zusehends.

Zur allgemeinen Überraschung der deutschen und europäischen Öffentlichkeit raufte sich Preußen und Österreich aber doch noch einmal zusammen. In der Konvention von Bad Gastein vom 14. August 1865 wurde die Verwaltung Schlesiens und Holsteins, die bisher gemeinsam war, getrennt. Das Herzogtum Lauenburg wurde gegen eine Geldentschädigung an Preußen abgetreten. Für diesen Verhandlungserfolg wurde Bismarck von König Wilhelm I. in den Grafenstand erhoben. Der Monarch war mit dem Ergebnis sehr zufrieden, wollte er doch den letzten Bruch mit Österreich, den sein Ministerpräsident allerdings anstrebte, vermeiden.

Das Einvernehmen dauerte freilich nicht lange. Alles, was auf Gastein folgte, gehört bereits zur Vorgeschichte des Deutschen Krieges.

Die soeben dargelegte „Schleswig-Holsteinische Frage“ führte zur weiteren Vertiefung des Risses in der Konservativen Partei Preußens. Die Minderheit um Ernst Ludwig von Gerlach stellte sich gegen alle Maßnahmen, die den Riss zwischen Preußen und Österreich erweitern konnte. Für die streng traditionalistisch und legitimistisch denkenden Altkonservativen war Österreich die führende Macht in Deutschland und musste es bleiben. Dem Haus Habsburg als dem althergebrachten Kaiserhaus gebührte ihrer Ansicht nach vor dem „jungen“ preußischen Monarchen, der die alte Kurwürde fortführte, der Vorrang. Ein erneuertes Deutsches Reich war für Gerlach und die Seinen nur als eine – wenn auch reformierte – Form des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation vorstellbar, das 1806 durch den revolutionären Usurpator Napoleon auf unrechte Weise zu Fall gebracht worden war. Der Gedanke an ein Herausdrängen Österreichs aus Deutschland stelle, so äußerte sich Ernst Ludwig von Gerlach damals mehrfach öffentlich, ein Sakrileg, ja geradezu eine Gotteslästerung dar.

Friedrich Wilhelm IV. hatte so gedacht und auch sein Nachfolger auf dem preußischen Thron tendierte zu dieser Meinung. Der Bruch mit Recht und Tradition war Wilhelm I. unheimlich. Doch das galt für seinen durchsetzungswilligen Ministerpräsidenten ganz und gar nicht<sup>7</sup>.

Ernst Ludwig von Gerlach und Otto von Bismarck kannten sich seit rund zwanzig Jahren. Gerlach hatte den damals vielversprechenden jungen Nachwuchsdiplomaten in die Politik

---

<sup>7</sup> Schließlich gewann bei Wilhelm I. die Antipathie gegen Österreich die Oberhand und er ließ sich von Bismarck „überzeugen“.

eingeführt und auf die Seite der Konservativen gezogen. In den Kreisen der hinterpommerschen Pietisten, die Bismarck durch seinen Schulfreund Moritz von Blanckenburg kennengelernt hatte und wo er auch seine Frau fand, hatte der spätere Ministerpräsident zum christlichen Glauben gefunden.

Nun versuchte Gerlach, seinen ehemaligen Schützling vor allen in persönlichen und vertraulichen Gesprächen von seinem vermeintlichen Irrtum abzubringen. Gerlach appellierte dabei auch an das christliche Gewissen Bismarcks, indem er ihn eindringlich bat, nicht Machtgelüste gegen das althergebrachte Recht zu stellen.

Dieser freilich hatte sich längst von der altkonservativen Sache losgesagt. Der Streit um die Indemnität und die Annäherung an die Liberalen waren ein deutliches Zeichen dafür. Zwar versicherte Bismarck Gerlach, er habe keinesfalls vor, den Bruch mit Österreich herbeizuführen, doch sagte er damit die glatte Unwahrheit.

Besonders die kritischen Artikel des „Rundschauers“ Gerlach in der Kreuzzeitung verärgerten Bismarck. Er, der sehr nachtragend war, nahm das Opponieren seinem alten Mentor übel. Die Freundschaft begann zusehends zu bröckeln.

Neben die Furcht vor dem Bruch Preußens mit Österreich – und vielleicht sogar einen Krieg zwischen beiden Mächten – trat für die Altkonservativen die vehemente Ablehnung einer Annexion Schleswig-Holsteins. Zwar war der Gerlachsche Kreis sich mit Bismarck einig darüber, dass der als liberal geltende Friedrich von Augustenburg nicht als neuer Landesfürst in Frage kam; auch teilte man die Auffassung des Ministerpräsidenten, dass die Bildung eines neuen Mittelstaates im Deutschen Bund, der sich gegen Preußen richten konnte, zu verhindern war, doch da endeten auch schon die Gemeinsamkeiten. Für den Legitimisten Gerlach kam letztlich doch nur die Wiederherstellung der Londoner Protokolle in Frage, denn der dänische König als überlieferter Herzog von Schleswig-Holstein blieb für ihn der rechtmäßige Landesherr. Dass dieser Zug aber längst abgefahren war, mussten er und die Altkonservativen bald bitter erfahren.

Die Versöhnung von Gastein war nur eine scheinbare gewesen. Sowohl Preußen als auch Österreich wussten, dass es in der Frage der Vorherrschaft in Deutschland zu einer Entscheidung kommen musste, wahrscheinlich sogar zu einer militärischen. Letztere dürfte Bismarck von Anfang an angestrebt haben. Wien machte es ihm in Schleswig-Holstein allerdings auch leicht. Dort begann man von Holstein aus – das von Österreich verwaltet wurde – die Sache des „Augustenburgers“, der innerhalb der Bevölkerung der Herzogtümer große Sympathien genoss, aktiv zu unterstützen. Man ließ im südlichen Holstein sogar größere Volkskundgebungen zu – sehr zur Verärgerung Bismarcks. Als Friedrich von Augustenburg eine Reise nach Schleswig begann, wies ihn Berlin scharf zurecht und drohte ihm sogar die Verhaftung an.

In der Folge verschärfte sich der Notenwechsel zwischen Berlin und Wien zusehends. Schleswig-Holstein war längst das Vehikel des Bruchs zwischen den beiden deutschen Staaten geworden. Als Österreich im Juni 1866 die Entscheidung über die Zukunft Schleswig-Holsteins dem Deutschen Bund übertragen wollte, kam es zum Eklat. Bismarck sah hierdurch die Gasteiner Konvention gebrochen und wies die preußischen Truppen in Schleswig an, nach

Süden zu marschieren und Holstein zu besetzen. Dies geschah am 7. Juni 1866. Das im hohen Norden Deutschlands auf verlorenem Posten stehende österreichische Militärkontingent verzichtete auf Widerstand und verließ das Herzogtum über Altona per Bahn.

Nun drehte sich die Eskalationsspirale unaufhaltsam weiter. Österreich beantragte wegen der Besetzung Holsteins beim Deutschen Bund die Bundesexekution gegen Preußen. Letzteres sah dadurch die Bundesakte verletzt und erklärte den Bund für aufgelöst. Die daraufhin folgenden beiderseitigen militärischen Mobilmachungen (die freilich schon lange vorbereitet waren) führten zur preußischen Kriegserklärung an Österreich am 19. Juni 1866. Es schloss sich unmittelbar der preußische Einmarsch in Sachsen an.

Damit war die Katastrophe da, welche die preußischen Altkonservativen gefürchtet hatten. Der Deutsche Bund war, wie der alte Reichsgedanke, dahin. Die Mehrheit in der Konservativen Partei folgte Bismarcks Kurs. Um Ernst Ludwig von Gerlach wurde es einsamer. Selbst alte Weggefährten wie Adolf von Thadden-Trieglaff verließen den alten Führer der Konservativen, ja wendeten sich sogar öffentlich gegen ihn.

Gerlach hatte in der heißen Phase vor dem Kriegsausbruch nichts in seiner Macht stehende unversucht gelassen, um den aus seiner Sicht in den Abgrund rasenden Zug noch aufzuhalten. Er tat dies vor allen Dingen publizistisch über die Kreuzzeitung. Im Mai 1866 veröffentlichte Gerlach eine längere Abhandlung mit dem Titel „Krieg und Bundesreform“, die eine scharfe Entgegnung auf Bismarcks Politik gegen Österreich darstellte<sup>8</sup> und letzteren auf das Tiefste kränkte. Freilich konnte Gerlach den Abdruck dieser Schrift, die er auch als Broschüre privat herausgab, bei der Kreuzzeitung nur noch mit Mühe durchsetzen. Wenig später verwehrte ihm die Chefredaktion des Blattes, das er 1848 maßgeblich mit ins Leben gerufen hatte, die Veröffentlichung weiterer Artikel. In der Folge verlegte sich Gerlach auf das Briefeschreiben.

Am 18. Mai 1866 kam es zu einem letzten persönlichen Gespräch zwischen Ernst Ludwig von Gerlach und Otto von Bismarck, um welches ersterer nachgesucht hatte. Doch der Bruch zwischen den beiden alten Weggefährten war längst vollzogen. Gerlach schildert in einem Brief die kühle Ablehnung Bismarcks während der kurzen Begegnung in dessen Berliner Wohnung. Von dem Ministerpräsidenten und nunmehrigen Kanzler des Norddeutschen Bundes kam kein einziges verbindliches und freundliches Wort. Man trennte sich als Gegner. Beide sahen sich bis zum Tode Ernst Ludwigs von Gerlach 1877 nicht mehr wieder. Begegnungen fanden lediglich noch „geschäftlich“ im preußischen Abgeordnetenhaus statt, dessen Mitglied Gerlach von 1870 bis 1873 (nach einer längeren Pause), wieder war<sup>9</sup>.

Auch nach der Entscheidung im Krieg setzte Ernst Ludwig Gerlach seine Kritik am Kurs Bismarcks fort. Im September 1866 veröffentlichte er privat eine weitere längere Abhandlung mit dem Titel „Die Annexionen und der Norddeutsche Bund“, wo er noch einmal seine Ablehnung der Einverleibung Schleswig-Holsteins, aber auch des ehemaligen Königreichs Hannover sowie Kurhessens und Nassaus in Preußen betonte. Zusammenfassend erläuterte er

---

<sup>8</sup> Gerlach kritisierte auch das Geheimbündnis Preußens mit Italien, deren Regierung er als revolutionär ansah.

<sup>9</sup> Gerlach hospitierte dort bei der Fraktion der katholischen Zentrumspartei. Er blieb allerdings Protestant. Mehr Informationen dazu können Sie [hier](#) lesen.

die altkonservative Haltung des Legitimus und Traditionalismus, die er ausdrücklich auch christlich zu begründen trachtete.

Mit dem Bruch zwischen Bismarck und Gerlach war auch die Spaltung der Konservativen Partei in Preußen besiegelt. Wie bereits erwähnt, folgte die Mehrheit in der Partei dem neuen machtpolitischen Kurs Bismarcks. Um Gerlach verblieben nur wenige Getreue, neben einigen anderen zuletzt noch der Jurist Adolf von Kleist und sein Neffe Jakob von Gerlach, ebenfalls Abgeordneter im Preußischen Landtag. Dass Gerlach mit seinen Anschauungen auch Unterstützung aus katholischen Kreisen und aus Österreich erhalten hatte, führte dazu, dass selbst einige alte Freunde ihm Verrat an den preußischen Interessen vorwarfen, was den damals bereits 71-Jährigen, der sich immer als Patriot verstanden hatte, besonders erbitterte.

Ernst Ludwig von Gerlach hielt Zeit seines Lebens an seinen altkonservativen Anschauungen fest. Dazu gehörte vor allem die tiefe Überzeugung, dass die Politik christlichen Grundsätzen zu folgen hatte und dass das überlieferte Recht vor Macht zu gehen habe. Dies ließ ihn innerhalb der Konservativen Partei als Doktrinär erscheinen, der er allerdings nicht gewesen ist. Denn schließlich ist es Gerlach gewesen, der die Konservativen 1848 davon überzeugt hatte, dass es notwendig war, sich auf die neuen Zeiten des Verfassungs- und Parlamentsstaates einzustellen.